

Ausschuss für Inneres und Sport

(120. - öffentliche - Sitzung am 11. Mai 2017)

Beratungsthemen:

Außerhalb der Tagesordnung

- stimmte der Ausschuss dem Antrag der CDU-Fraktion auf eine mündliche Unterrichtung durch die Landesregierung über die Zerschlagung einer Schleuserbande zu,
- zog er die in der 114. Sitzung geäußerte Bitte auf Unterrichtung durch die Landesregierung über die entscheidungserheblichen Tatsachen, die zu dem Erlass der Abschiebungsanordnung gegen die beiden Gefährder aus Göttingen geführt haben, im Hinblick auf ein hierzu mittlerweile vorliegendes Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zurück und
- bereitete der Ausschuss die Anhörung zum Gesetzentwurf in Drucksache 7561 (Entwurf eines Gesetzes gegen die Verhüllung des Gesichts in öffentlichen Gebäuden - Gesetzentwurf der Fraktion der CDU) vor. Im Hinblick auf die zur Verfügung stehende Zeit soll die mündliche Anhörung durch schriftliche Stellungnahmen ergänzt werden. Hierzu und zum Kreis der zu Beteiligten sollen die innenpolitischen Sprecherinnen und Sprecher am Rande des Mai-Plenums eine Übereinkunft treffen.

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Glücksspielgesetzes**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/7942](#)

Der Ausschuss erörterte die Grundzüge des Gesetzentwurfs und begann die Beratung. Er bat die Ausschüsse für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr sowie für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration um Stellungnahmen gemäß § 28 Abs. 4 GO LT. Ferner kam er überein, in der Sitzung am 10. August 2017 eine Anhörung durchzuführen. Zum Kreis der Anzuhörenden sollen die innenpolitischen Sprecherinnen und Sprecher am Rande des Mai-Plenums eine Übereinkunft treffen.

2. **Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2017 - 2021**

Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 17/7622](#) neu

Der Ausschuss ließ sich im Rahmen der Mitberatung durch die Landesregierung über die ihn betreffenden Aspekte der Mittelfristigen Planung unterrichten. Anschließend nahm er die Mittelfristige Planung zur Kenntnis.

3. **Integration in die Gesellschaft durch Arbeit, Bildung und Familie**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/6433](#)

Der federführende Ausschuss schloss die Beratung über den Antrag ab und empfahl dem Landtag vorbehaltlich des Votums des - mitberatenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, den Antrag abzulehnen.

4. **Konsequent gegen gefährliches Verhalten im Straßenverkehr**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/6247](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung über den Antrag ab und empfahl dem Landtag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, den Antrag anzunehmen.

5. **Aktenvorlage gemäß Artikel 24 Abs. 2 Niedersächsische Verfassung; Vorlage von Akten zu Fällen von mutmaßlichem Sozialbetrug wegen Mehrfachregistrierung von Flüchtlingen mit verschiedenen Identitäten bei der Landesaufnahmebehörde (Standort Braunschweig), 2. Tranche**

Der Ausschuss fasste einmütig den Beschluss gemäß § 95 a GO LT über die Vertraulichkeit der mit Schreiben des Niedersächsisch Ministeriums für Inneres und Sport vom 8. Mai 2017 vorgelegten und in Teilen vertraulich zu behandelnden Unterlagen.

Ferner lehnte er einen Antrag der CDU-Fraktion mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP ab, von der Fraktion zu benennenden Fraktionsmitarbeitern ein Akteneinsichtsrecht zu gewähren.

6. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die Speicherung HIV- und Hepatitis-infizierter Personen mit dem Warnhinweis „ANST“ zu der Frage, seit wann der Warnhinweis „ANST“ existiere, wie die Polizei des Landes Informationen über Infektionen erhalte und ob die Speicherung mit einem solchen Warnhinweis noch zeitgemäß sei**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

7. **Unterrichtung durch die Landesregierung über Nebentätigkeiten des Landesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei in Niedersachsen**

Dieser Punkt wurde aus Zeitgründen von der Tagesordnung abgesetzt.